



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 237-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.356

Eingereicht am: 29.11.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: von Arx (Schliern b. Köniz, glp) (Sprecher/in)
von Greyerz (Bern, SP)
Remund (Mittelhäusern, Grüne)
Streit-Stettler (Bern, EVP)
Zimmerli (Bern, FDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 02.12.2021

RRB-Nr.: 95/2022 vom 02. Februar 2022
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme und gleichzeitige Abschreibung**

Ein gemeinsames Zukunftsmodell für die Beziehungen zur Europäischen Union

Der Regierungsrat setzt sich bei der Konferenz der Kantone dafür ein, dass ein Runder Tisch zwischen dem Bund und den Kantonen zum Thema «verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union» eingesetzt wird. Ziel des Runden Tisches soll ein gemeinsames Zukunftsmodell für die Beziehungen der Schweiz mit der EU sein.

Begründung:

Eine gute, belastbare und verlässliche Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Kantons Bern, denn der Kanton Bern und die Schweiz sind Teil von Europa.

Die EU ist bei nahezu allen geopolitischen Themen die zentrale Partnerin der Schweizer Aussenpolitik. Das umfasst Themen wie Wirtschaft, Forschung, Energieversorgung, Klimaschutz und Sicherheit. Eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU ist daher von zentralem Interesse für die Schweiz und auch für den Kanton Bern. Diese Zusammenarbeit ist ohne Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU in einigen wichtigen Dossiers aber nicht gegeben.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU ist unklar, worin die gemeinsamen Interessen von Bund und Kantonen bestehen. Für den Kanton Bern ist insbesondere die Teilnahme der Universität Bern an Forschungsprogrammen der EU von eminenter Bedeutung. Zudem ist die Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Energieversorgung zentral für den Wirtschaftsstandort Bern. Deswegen sollen an einem Runden Tisch Bund und Kantone gemeinsam ein Zukunftsmodell für die Beziehungen mit der EU ausarbeiten.

Begründung der Dringlichkeit: Der Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU ändert nichts daran, dass das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU dringend weiterentwickelt werden muss. Für den Kanton Bern ist diese Weiterentwicklung, wie dargelegt, von zentraler Bedeutung. Der politische Dialog zwischen der Schweiz und der EU wird derzeit neu aufgegleist. Die Kantone sollen sich dabei von Beginn weg systematisch einbringen.

Antwort des Regierungsrates

Für den Regierungsrat sind geordnete und sichere Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU elementar. Er setzt sich daher im Verbund mit den anderen Kantonsregierungen mit Nachdruck dafür ein, dass an den bestehenden bilateralen Verträgen festgehalten wird. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) unterstützt den Bundesrat darin, nach Wegen zu suchen, um das vertragliche Netzwerk mit der EU und weiteren Handelspartnern zu sichern und auszubauen. Die Kantone unterstützen explizit auch die Bemühungen des Bundesrates, diesbezüglich einen strukturierten politischen Dialog mit der EU einzurichten.

Der Bund und die Kantone treffen sich regelmässig zum sogenannten Europadialog. Die Grundlage dafür bildet die Vereinbarung vom 5. Juni 2012 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Kantonen über den politischen Dialog Bund-Kantone zu Europafragen. Teilnehmende sind die Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) sowie der Präsident der KdK und eine Delegation des Leitenden Ausschusses der KdK. Regierungsrat Christoph Ammann nimmt als Mitglied des Leitenden Ausschusses der KdK regelmässig an diesem Dialog teil.

Der Europadialog bezweckt u.a. die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens, die Förderung des regelmässigen Informationsaustauschs zwischen Bund und Kantonen und den regelmässigen Austausch zwischen den Parteien über laufende und geplante Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Am 28. Januar, 18. Juni und 12. Oktober 2021 trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone zum Europadialog. Im Vordergrund der Gespräche standen das Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie der Brexit und dessen Folgen für die Schweiz.

Wie oben dargelegt, ist der Rahmen des Dialogs zwischen der Eidgenossenschaft und den Kantonen definiert. Das Dialoggefäss wurde dieses Jahr mit drei Treffen regelmässig genutzt. Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat, den Vorstoss anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Verteiler

– Grosser Rat